

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	21
§ 1 Allgemeine Mandatsannahme	23
A. Einleitung	23
B. Grundsätzliche Überlegungen	23
I. Ehe oder nichteheliche Lebensgemeinschaft	23
II. Bestehende Vereinbarungen	23
C. Spezielle Überlegungen	23
I. Ehewohnungssachen	23
1. Erfasste Verfahren	23
2. Abgrenzungsprobleme	24
3. Bestehende Vereinbarungen	24
II. Haushaltssachen	25
1. Erfasste Verfahren	25
2. Abgrenzungsprobleme	25
3. Vereinbarungen	26
III. Gewaltschutzsachen	26
1. Erfasste Verfahren	26
2. Abgrenzungsprobleme	26
3. Vereinbarungen	26
§ 2 Ehewohnungssachen	27
A. Vorbemerkung	27
B. Grundlegende Begriffe	27
I. Neue gesetzliche Begriffe	27
II. Begriffsbestimmung	28
1. Bestehende Ehe (§ 1361b BGB) und „anlässlich der Scheidung“ (§ 1568a BGB)	28
a) Bestehende Ehe bei § 1361b BGB	28
aa) Absolute Nichtehe (matrimonium non existens)	28
bb) Aufgehobene oder geschiedene Ehe	29
cc) Nichteheliche Lebensgemeinschaft	30
b) „Anlässlich der Scheidung“	30
2. Ehewohnung	31
a) Begriff und Voraussetzungen	31
b) Zeitpunkt	33
c) Rechtsverhältnisse sind unerheblich	33
d) Art und Umfang der erfassten Räume	34
e) Dauer der Eigenschaft der Wohnung als Ehewohnung	35
aa) Intakte Ehe	35

bb)	Der Zeitraum des Getrenntlebens	35
(1)	Trennungsvereinbarung	35
(2)	Fehlende Vereinbarung	37
cc)	Der Zeitraum ab Rechtskraft der Endentscheidung in der Scheidungssache	38
dd)	Die Entscheidung des BGH vom 12.6.2013	39
C.	Verfahren nach § 1361b BGB	39
I.	Der Anspruch auf Überlassung der Ehewohnung gemäß § 1361b Abs. 1 S. 1 BGB	40
1.	Anspruchsvoraussetzung	40
a)	Wirksame Ehe und Ehewohnung	40
b)	Getrenntleben oder Trennungsabsicht	40
aa)	Getrenntleben	40
(1)	Verwendung und Reichweite des Begriffs Getrenntleben	40
(2)	Der Begriff des Getrenntlebens im Sinne vom § 1567 Abs. 1 S. 1 BGB	41
(a)	Legaldefinition	41
(b)	Objektives Nichtbestehen der häuslichen Gemeinschaft	41
(aa)	Grundsatz und Grundmodell	41
(bb)	Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft innerhalb der ehelichen Wohnung, § 1567 Abs. 1 S. 2 BGB	42
(cc)	Fehlen einer häuslichen Gemeinschaft	44
(c)	Der Wille, die häusliche Gemeinschaft nicht herzustellen	44
(aa)	Der Trennungswille	44
(bb)	Gegen die Herstellung einer häuslichen Gemeinschaft gerichteter Wille	45
(cc)	Abgrenzung von unfreiwilliger Trennung gegen die scheidungsrechtlich relevante willensgetragene Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft	45
(d)	Die Ablehnung der ehelichen Lebensgemeinschaft	46
(aa)	Zusätzliches Tatbestandsmerkmal	46
(bb)	Scheidungsgerichtetes Motiv erforderlich	46
(bb)	Der Wille zum häuslichen Getrenntleben	47
(cc)	Kein Recht zum Getrenntleben erforderlich	48
(c)	Notwendigkeit der Vermeidung einer unbilligen Härte	49

aa) Allgemeines	49
bb) Härtefälle	52
(1) Gewalttaten und Drohung mit solchen Taten, § 1361b Abs. 2 BGB	52
(a) Funktion des § 1361b Abs. 2 BGB	52
(b) Die tatbestandlichen Voraussetzungen	52
(2) Beeinträchtigung des Kindeswohls	55
(a) Maßstab der Kindeswohlbeeinträchtigung	55
(b) Gefährdung des Kindeswohls	57
cc) Weitere Abwägungskriterien	59
(1) Dingliche Rechtspositionen, § 1361b Abs. 1 S. 3 BGB	59
(2) Einseitiges Verhalten	60
(3) Dauer des Getrenntlebens	60
(4) Interessen Dritter	60
(5) Gesamtabwägung	61
2. Rechtsfolge	61
a) Rechtsfolge allgemein	61
b) Überlassung der gesamten Wohnung oder Aufteilung der Wohnung	61
aa) Grundsatz	61
bb) Die spezielle Regelung des § 1361b Abs. 2 BGB	62
cc) Die Vermutung des § 1361b Abs. 4 BGB	63
dd) Anspruchscontent	66
3. Konkurrenzen	66
a) Das Verhältnis zu § 985 BGB	66
aa) § 1361b Abs. 1 S. 1 BGB ist nicht lex specialis	66
bb) Subsidiarität (des § 985 BGB gegenüber § 1361b Abs. 1 S. 1 BGB) in Folge erschöpfender Regelung oder normverdrängende Konkurrenz	67
b) Das Verhältnis zu § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1, Alt. 2 BGB	68
c) Das Verhältnis zu § 861 BGB	69
aa) Aussperren ohne Trennungsabsicht oder Getrenntle- ben	69
bb) Aussperren bei Getrenntleben der Ehegatten	69
d) Das Verhältnis zu § 1666 BGB	72
e) Das Verhältnis zu § 2 GewSchG	73
II. Unterlassungspflichten nach § 1361b Abs. 3 S. 1 BGB	74
III. Der Anspruch auf Entrichtung einer Vergütung für die Nutzung der Ehewohnung nach § 1361b Abs. 3 S. 2 BGB	75
1. Nutzungsberechtigung	75
2. Die zeitliche Grenze	78

Inhaltsverzeichnis

3. Billigkeit als Anspruchsvoraussetzung und im Rahmen der Höhe der Vergütung	80
a) Billigkeit als Anspruchsvoraussetzung	80
aa) Kindeswohl i.V.m. der wirtschaftlichen Situation des Elternteils	81
bb) Wohnungsteilung	82
cc) Der alleinberechtigte Ehegatte benutzt die Wohnung allein	82
dd) Der alleinberechtigte Ehegatte verlässt die Ehewohnung	83
ee) Die sogenannte „aufgedrängte Alleinnutzung“	83
b) Die Höhe der Benutzungsvergütung	84
aa) Das erste Trennungsjahr	84
bb) Der Zeitraum nach Ablauf des ersten Trennungsjahrs	86
cc) Gesamtabwägung	86
4. Konkurrenzen	87
a) Grundsatz	87
b) Das Verhältnis zu § 280 Abs. 1 BGB	87
c) Das Verhältnis zu §§ 987 Abs. 1, 990 Abs. 1 BGB	87
d) Das Verhältnis zu § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 BGB	88
e) Das Verhältnis zu § 745 Abs. 2 BGB	88
f) Das Verhältnis zu § 2 Abs. 5 Gewaltschutzgesetz	90
g) Das Verhältnis zu § 1361 Abs. 1 BGB	90
aa) Grundlagen	90
bb) Der die Wohnung nutzende Ehegatte ist auch unterhaltsberechtigt	91
(1) Bestehende Unterhaltsregelung	91
(2) Fehlende Unterhaltsregelung	91
cc) Der in der Wohnung verbliebene Ehegatte ist unterhaltspflichtig	92
(1) Bestehende Unterhaltsregelung	92
(2) Fehlende Unterhaltsregelung	92
D. Verfahren nach § 1568a BGB	92
I. Erfasste Verfahren	92
II. Der Anspruch auf Überlassung der Ehewohnung gem. § 1568a Abs. 1, Abs. 2 BGB	93
1. Anspruchsvoraussetzungen	93
a) Ehewohnung	93
b) Anlässlich der Scheidung	93
c) Die weiteren tatbestandlichen Voraussetzungen nach § 1568a Abs. 1, Abs. 2 BGB	93

aa) Erfasste Ehewohnungen	93
bb) In stärkerem Maße Angewiesensein auf die Nutzung unter Berücksichtigung des Kindeswohls und der Lebensverhältnisse der Ehegatten, Abs. 1 Alt. 1	95
cc) Überlassung entspricht aus anderen Gründen der Billigkeit, Abs. 1 Alt. 2	98
dd) Vermeidung einer unbilligen Härte bei dinglicher Alleinberechtigung des überlassungspflichtigen Ehegatten oder gemeinsame dingliche Berechtigung dieses Ehegatten mit Dritten, Abs. 2	98
2. Rechtsfolge	99
3. Kein Ausschluss des Überlassungsanspruchs gem. § 1568a Abs. 6 BGB	100
4. Konkurrenzen	100
III. Verfahren und Streitpunkte im Rahmen von § 1568a Abs. 3	
BGB	100
1. Die neue Regelung	100
2. Der Begriff der Mietwohnung	101
3. Überlassungsverpflichtung	101
4. Weitere Voraussetzungen gem. Abs. 3 S. 1 Nr. 1 und auftretende Probleme	103
a) Mitteilung der Überlassung an den Vermieter	103
b) Streitpunkte	104
aa) Der überlassungsberechtigte Ehegatte verweigert die Mitteilung	104
bb) Der überlassungsverpflichtete Ehegatte verweigert die Mitteilung	105
5. Weitere Voraussetzungen gem. Abs. 3 S. 1 Nr. 2	106
6. Das Kündigungsrecht des Vermieters entsprechend § 563 Abs. 4 BGB i.V.m. § 1568a Abs. 3 S. 2 BGB	106
7. Rechtsfolge	107
8. Ausschluss der Sonderrechtsnachfolge gem. § 1568a Abs. 6 BGB	108
IV. Der Anspruch gem. § 1568a Abs. 4 BGB	109
1. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des Anspruchs	109
a) Innehaben der Wohnung aufgrund eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses	109
b) Einverständnis des Dritten	110
c) Notwendigkeit der Vermeidung einer schweren Härte	110
2. Rechtsfolge	112
3. Erlöschen des Anspruchs entsprechend § 1568a Abs. 6 BGB	112
4. Konkurrenzen	113

V. Die Ansprüche gem. § 1568a Abs. 5 BGB	113
1. Der Anspruch gem. § 1568a Abs. 5 S. 1 BGB	113
a) Anspruchsinhaber und Anspruchsgegner	113
b) Tatbestandliche Voraussetzungen	113
aa) Erfasste Wohnungen – fehlendes Mietverhältnis	113
bb) Nutzungsberechtigung	114
c) Rechtsfolge	116
d) Erlöschen des Anspruchs gem. § 1568a Abs. 6 BGB	118
e) Konkurrenzen	118
aa) Bestehender Mietvertrag	118
bb) Fehlender Mietvertrag	118
(1) Bestehende Überlassungsverpflichtung	118
(2) Fehlende Überlassungsverpflichtung	119
2. Der Anspruch gem. § 1568a Abs. 5 S. 2 BGB	120
a) Anspruchsberechtigter und Anspruchsgegner	120
b) Die tatbestandlichen Voraussetzungen	120
aa) Vorliegen der Voraussetzungen des § 1568a Abs. 5 S. 1 BGB	120
bb) Vorliegen der Voraussetzungen des § 575 Abs. 1 BGB	120
cc) Die Begründung eines unbefristeten Mietverhältnisses ist unbillig	121
c) Rechtsfolge	121
d) Kein Erlöschen des Anspruchs gem. § 1568a Abs. 6 BGB	122
3. Der Anspruch gem. § 1568a Abs. 5 S. 3 BGB	123
a) Anspruchsberechtigter und Anspruchsgegner	123
b) Tatbestandliche Voraussetzungen: Mietvertrag trotz fehlender Einigung über die Höhe der Miete zustande gekommen	123
c) Rechtsfolgen	123
d) Kein Erlöschen des Anspruchs gem. § 1568a Abs. 6 BGB	124
§ 3 Haushaltssachen	125
A. Vorbemerkung	125
B. Grundlegende Begriffe	125
I. Neue gesetzliche Begriffe	125
II. Begriffsbestimmung – bestehende Ehe und Getrenntleben, „anlässlich“ der Scheidung, Haushaltsgegenstände	126
1. Bestehende Ehe und Getrenntleben bei § 1361a BGB	126
2. „Anlässlich“ der Scheidung bei § 1568b BGB	126
3. Haushaltsgegenstände	126

a) Der Begriff des Haushaltsgegenstandes	126
b) Einzelfälle	128
aa) Der Pkw	128
bb) Wohnwagen und Wohnmobile	128
cc) Einbauküchen und Einbaumöbel	129
dd) Vorräte und Genussmittel	130
ee) Computer	130
ff) Rechte	131
gg) Haustiere	131
C. Verfahren nach § 1361a BGB	131
I. Allgemeines	131
II. Der Herausgabeanspruch gemäß § 1361a Abs. 1 S. 1 BGB	132
1. Die Anspruchsnatur	132
2. Anspruchsvoraussetzungen	132
a) Bestehende Ehe, Getrenntleben, Haushaltsgegenstände	132
b) Alleineigentum des Anspruchsinhabers	132
3. Einwendungen und Einreden	133
a) Die Einwendung des § 1361a Abs. 1 S. 2 BGB	133
b) Die Einwendung gem. § 986 Abs. 1 S. 1 BGB	133
c) Zurückbehaltungsrechte	133
aa) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 BGB	133
bb) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 1000 BGB	133
d) Ausschluss der Einwendungen	134
4. Rechtsfolge	134
5. Konkurrenzen	134
a) Das Verhältnis zu § 985 BGB	134
b) Das Verhältnis zu § 861 Abs. 1 BGB	134
III. Der Überlassungsanspruch des Nichteigentümers gem. § 1361a Abs. 1 S. 2 BGB	134
1. Anspruchsberechtigter und Anspruchsgegner	134
2. Anspruchsvoraussetzungen	135
a) Zur Führung eines abgesonderten Haushalts benötigte Haushaltsgegenstände	135
b) Die Überlassung muss der Billigkeit entsprechen	136
3. Rechtsfolge	137
4. Konkurrenzen	138
IV. Verteilung im gemeinsamen Eigentum beider Ehegatten stehende Haushaltsgegenstände gem. § 1361a Abs. 2, Abs. 3 S. 1 BGB	138
1. Die Regelung ist Fremdkörper im Anspruchssystem	138
2. Ernsthaftige Einigungsbemühungen keine Voraussetzung für gerichtliche Entscheidung	138
3. Gemeinschaftliches Eigentum	139

4 Rechtsfolge: Verteilung nach Billigkeit	139
5. Konkurrenzen	140
a) Das Verhältnis zu § 985 BGB	140
b) Das Verhältnis zu § 823 BGB und § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 BGB	140
V. Die Festsetzung einer Nutzungsvergütung gem. § 1361a Abs. 3 S. 2 BGB	140
D. Verfahren nach § 1568b BGB	141
I. Allgemeines	141
II. Der Anspruch auf Überlassung und Übereignung von Haushaltsgegenständen gem. § 1568b Abs. 1 BGB	142
1. Die tatbestandlichen Voraussetzungen	142
a) Ehegatten; anlässlich der Scheidung	142
b) Haushaltsgegenstände	142
c) Im gemeinsamen Eigentum stehende Haushaltsgegenstände	142
aa) Gemeinsames Eigentum	142
bb) Die Vermutung gemeinschaftlichen Eigentums gem. § 1568b Abs. 2 BGB	143
(1) Während der Ehe	144
(2) Angeschaffte Haushaltsgegenstände	144
(3) Anschaffung für den gemeinsamen Haushalt	145
d) Angewiesensein des Anspruchstellers auf den Haushaltsgegenstand	145
aa) Grundlagen	145
bb) Kindeswohl	145
cc) Lebensverhältnisse der Ehegatten	146
e) Billigkeit	146
2. Einwendungen und Einreden	146
a) Einwendung entsprechend § 275 Abs. 1 BGB	146
b) Einrede der Verjährung	147
3. Rechtsfolge	148
III. Der Anspruch gem. § 1568b Abs. 3 BGB	148
1. Allgemeines	148
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	149
3. Rechtsfolge	150
IV. Konkurrenzen	150
1. Haushaltsgegenstände, die im Alleineigentum eines Ehegatten stehen	150
a) Das Verhältnis von § 1568b Abs. 1 BGB zu § 985 BGB	150
b) Das Verhältnis von § 1568b Abs. 1 BGB zu § 861 Abs. 1 BGB	151

c) Das Verhältnis von § 1568b Abs. 1, Abs. 2 BGB zum Zuge- winnausgleich	151
2. Haushaltsgegenstände, die im Miteigentum beider Ehegatten stehen	151
a) Das Verhältnis von § 1568b Abs. 1 BGB zu § 985 BGB . .	151
b) Das Verhältnis von § 1568b Abs. 1 BGB zu § 861 Abs. 1 BGB	152
c) Das Verhältnis von § 1568b Abs. 1, Abs. 3 BGB zu § 745 Abs. 2 BGB	152
d) Das Verhältnis des § 1568b Abs. 1, Abs. 3 BGB zum Zuge- winnausgleich	152
§ 4 Gewaltschutzsachen	155
A. Vorbemerkung	155
B. Allgemeines	155
I. Antragsverfahren	155
II. Erfasster Personenkreis	156
III. Nicht erfasste Ansprüche	156
C. Verfahren nach § 1 GewSchG	157
I. Rechtsnatur der Vorschrift	157
II. Erforderliche Maßnahmen zur Abwendung weiterer Verletzungen, sogenannte Schutzanordnungen nach § 1 Abs. 1 S. 1, S. 3 GewSchG	157
1. Voraussetzungen	157
a) Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 S. 1 GewSchG	157
aa) Verletzungshandlungen	157
(1) Körperverletzung	158
(2) Gesundheitsverletzung	158
(3) Verletzung der Freiheit	158
(4) Verletzung weiterer in § 823 Abs. 1 und Abs. 2 ge- schützter Rechte und Rechtsgüter	158
bb) Widerrechtlichkeit	158
cc) Verschulden	158
(1) Begriff	158
(2) Zurechnungsfähigkeit oder Schuldfähigkeit	158
(3) Vorsatz	159
dd) Wiederholungsgefahr	159
b) Voraussetzungen nach § 1 Abs. 2 GewSchG	160
aa) Verletzungshandlungen	160
(1) Widerrechtliche Drohung mit Verletzung der ge- schützten Rechtsgüter, § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GewSchG	160

(2) Eindringen in die Wohnung oder das befriedete Besitztum, § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 2a GewSchG	160
(3) Unzumutbare Belästigung, § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 2b GewSchG	161
bb) Widerrechtlichkeit	161
cc) Verschulden	161
dd) Wiederholungsgefahr	161
2. Gerichtliche, erforderliche Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 S. 3	
Nr. 1 bis 5, Abs. 2 S. 1 Hs. 1 GewSchG	161
a) Allgemeines	161
b) Betretungsverbot, § 1 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 GewSchG	162
c) Näherungsverbot, § 1 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 GewSchG	162
d) Aufenthaltsverbot, § 1 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 GewSchG	162
e) Kontaktverbot, § 1 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 GewSchG	163
f) Verbot des Zusammentreffens und Abstandsgebot, § 1 Abs. 1 S. 3, Nr. 5 GewSchG	163
g) Befristung	163
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen, § 1 Abs. 1 S. 3 letzter Hs., Abs. 2 S. 2 GewSchG	164
D. Verfahren nach § 2 GewSchG	164
I. Rechtsnatur der Vorschrift	164
II. Erfasster Personenkreis	164
III. Tatbestandliche Voraussetzungen sämtlicher Ansprüche nach § 2 GewSchG und Konkurrenzen	165
1. Tatbestandliche Voraussetzungen sämtlicher Ansprüche nach § 2 GewSchG	165
a) Auf Dauer angelegter gemeinsamer Haushalt	165
b) Gemeinsamer Haushalt	165
c) „Auf Dauer“ angelegter Haushalt	165
2. Konkurrenzen	165
IV. Der Anspruch gem. § 2 Abs. 1 GewSchG	166
1. Anspruchsvoraussetzungen	166
a) Auf Dauer angelegter gemeinsamer Haushalt	166
b) Tat nach § 1 Abs. 1 GewSchG	166
2. Ausschluss des Anspruchs nach § 2 Abs. 3 GewSchG	166
a) Keine Wiederholungsgefahr, § 2 Abs. 3 Nr. 1 GewSchG . .	166
b) Fristablauf, § 2 Abs. 3 Nr. 2 GewSchG	166
c) Besonders schwerwiegende Täterinteressen, § 2 Abs. 3 Nr. 3 GewSchG	167
3. Rechtsfolge	167
a) Überlassungsanspruch	167
b) Überlassungsdauer	167

V. Der Anspruch gem. § 2 Abs. 6 S. 1 GewSchG	168
1. Anspruchsvoraussetzungen	168
a) Auf Dauer angelegter gemeinsamer Haushalt	168
b) Tat nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 GewSchG	168
c) Überlassung zur Vermeidung einer unbilligen Härte erforderlich	168
2. Rechtsfolge	168
VI. Anspruch gem. § 2 Abs. 5 GewSchG	168
1. Inhalt der Regelung	168
2. Anspruchsvoraussetzungen	168
3. Rechtsfolge	169
§ 5 Internationales Privatrecht	171
A. Ehewohnungs- und Haushaltsachen	171
I. Grundlagen	171
1. Der Zeitraum vor dem Inkrafttreten des IPR-Neuregelungsgesetzes vom 25.7.1986	171
2. Der Zeitraum ab dem Inkrafttreten IPR-Neuregelungsgesetzes vom 25.7.1986	171
II. Ehewohnung und Haushaltsgegenstände im Inland	172
1. Vorrangigkeit des deutsch-iranischen Niederlassungsabkommens vom 17.2.1929	172
2. Die Ansprüche und Verfahren nach §§ 1361a BGB und 1361b BGB	173
3. Die Ansprüche gemäß § 1568a BGB und § 1568b BGB	173
III. Ehewohnung und Haushaltsgegenstände im Ausland	174
B. Gewaltschutzsachen	175
I. Gewaltschutzsachen nach § 1 GewSchG	175
1. Ehegatten und Lebenspartner	175
2. Nichteheliche Lebensgemeinschaften	176
II. Gewaltschutzsachen nach § 2 GewSchG	176
III. Europäische Schutzanordnung	176
§ 6 Verfahrensrechtliche Besonderheiten	177
A. Familiensachen als Verfahrensart der ordentlichen Gerichtsbarkeit	177
I. Zweige der Gerichtsbarkeit	177
II. Die Gliederung der ordentlichen Gerichtsbarkeit	178
B. Ehewohnungs-, Haushalts- und Gewaltschutzsachen als Familiensache	178
I. Allgemeines	178
II. Das Verhältnis der Familiensachen zu den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten	179

C. Privatrechtliche Streitsache der freiwilligen Gerichtsbarkeit	180
I. Einordnung	181
II. Das Verfahren und die geltenden Grundsätze und Vorschriften . .	182
1. Grundlage	182
2. Verfahrenseinleitung, Verfahrensgegenstand und Verfahrensbeendigung	182
a) Grundsätze	182
b) Antragsverfahren	183
aa) Antragserfordernis – keine Einleitung von Amts wegen	183
bb) Antragsinhalt	183
cc) Qualifikation des Antrags	184
(1) Allgemeines	184
(2) Zusammenfallen von Verfahrens- und Sachantrag	184
(3) Bindender Sachantrag	185
(4) Nichtbindender Sachantrag	185
dd) Spezielle Antragsvoraussetzungen	185
(1) Ehewohnungssachen	185
(2) Haushaltssachen	185
(a) Grundlagen	185
(b) Spezielle Voraussetzungen nach § 203 Abs. 2 S. 1 FamFG	186
(c) Spezielle Voraussetzungen nach § 203 Abs. 2 S. 2 FamFG	187
ee) Form des Antrags	187
ff) Antragsrücknahme	187
3. „Eingeschränkter“ Amtsermittlungsgrundsatz	188
a) Grundsätze	188
b) Fürsorgeverfahren	189
c) Privatrechtliche Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	189
aa) Grundsatz	189
bb) Ehewohnungs-, Haushalts- und Gewaltschutzsachen	189
4. Darlegungs- und Beweislast	190
a) Darlegungslast	190
b) Beweislast	190
aa) Objektive Beweislast	190
bb) Subjektive Beweislast	191
5. Anwendbare Vorschriften der ZPO	191
a) Grundsatz	191
b) Spezielle Vorschriften des FamFG	192

c) Anwendbare ZPO-Vorschriften	192
6. Vertretung durch einen Rechtsanwalt	192
7. Erlass, Wirksamkeit und Rechtskraft des Beschlusses	193
a) Grundsätze	193
b) Spezielle Regelungen in Ehewohnungs-, Haushalts- und Gewaltschutzsachen	193
aa) Erlass	193
bb) Wirksamkeit	194
cc) Rechtskraft	195
D. Durchführungsanordnungen	196
I. Allgemeines	196
II. Haushaltssachen	197
III. Ehewohnungssachen und Gewaltschutzsachen nach § 2	
GewSchG	198
1. Keine Räumungsanordnung erforderlich	198
2. Überlassungsfrist, nicht Räumungsfrist	198
3. Kündigungsverbot	199
4. Verbot, die Wohnung zu betreten; Schlüsselherausgabe; Belästigungsverbot	199
5. Kein Veräußerungsverbot möglich	200
6. Begründung eines Mietverhältnisses außerhalb von § 1568a Abs. 4, Abs. 5 S. 1 BGB nicht möglich	200
7. Kein Verbot der Teilungsversteigerung möglich	201
8. Keine Sicherungsanordnungen zugunsten des Vermieters möglich	202
9. Anordnungen bei Wohnungsteilung	202
IV. Isolierte Anordnungen sind nicht zulässig	202
V. Ergänzung gem. § 43 FamFG	202
VI. Abänderung der Entscheidung gem. § 48 FamFG	203
E. Vollstreckung	203
I. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	203
1. Grundlagen	203
2. Titel	203
3. Klausel	204
4. Zustellung	205
II. Vollstreckungsverfahren	205
1. Vollstreckung der Schutzanordnung, § 1 GewSchG	205
2. Die Vollstreckung der Ansprüche auf Wohnungüberlassung erfolgt entsprechend § 885 Abs. 1 ZPO, § 95 Abs. 1 Nr. 2 FamFG	205
F. Internationale Zuständigkeit	206
I. Ehewohnungs- und Haushaltssachen	206

Inhaltsverzeichnis

1. Supranationale Regelung bei Eilmäßignahmen nach § 1361b Abs. 1 S. 1 BGB	206
2. Internationale Zuständigkeit gem. §§ 97 ff. FamFG	207
a) Selbstständige Verfahren	207
b) Folgesachen	208
II. Gewaltschutzsachen	208
1. Brüssel I-VO	208
a) Gewaltschutzsachen zwischen Ehegatten	208
b) Gewaltschutzsachen zwischen anderen Personen	209
2. Laganer Übereinkommen von 2007	209
3. Anwendbarkeit der §§ 211, 105 FamFG	209
G. Verfahrenswerte	209
I. Ehewohnungs- und Haushaltssachen	209
II. Gewaltschutzsachen	210
§ 7 Muster	211
A. Ehewohnungssachen	211
B. Haushaltssachen	213
C. Gewaltschutzsachen	214
Stichwortverzeichnis	217